

Liechtenstein Finance

Innovation sorgt für Rechtssicherheit

Seit bald zwei Jahren beschäftigt die Coronapandemie die Menschen und beeinflusst viele Bereiche des täglichen Lebens. Neben Einschränkungen im privaten Bereich wurden auch die geschäftlichen Gepflogenheiten immer wieder tangiert. War früher das persönliche Treffen bei wichtigen Entscheidungen Standard, wurde dieses zwischenzeitlich von Zoom-Meetings und virtuellen Treffen abgelöst. Eine Herausforderung für alle auf vielen Ebenen – nicht zuletzt auch aus rechtlicher Sicht.

Nicht alles ist per Videokonferenz möglich

Während virtuelle Treffen zwar weiterhin eher ungewohnt sind, aber rechtlich keine Auswirkungen haben, sieht dies bei Verfahren vor Gericht oder Behörden anders aus. Die Einvernahme von Zeugen oder auch das Halten eines Plädoyers sind Handlungen im Rahmen eines Verfahrens, die gerade auch eine wichtige nonverbale Dimension haben. Sagt ein Zeuge die Wahrheit oder nicht – diese Einschätzung lässt sich häufig nur im persönlichen, unmittelbaren Kontakt finden. Durch die Übertragung per Video mit allen bekannten Einschränkungen gehen solche Informationen und damit ein wesentlicher Aspekt einer Gerichtsverhandlung oft verloren.

Trotzdem war und ist es für den Rechtsstaat wichtig, dass auch während der Coronapandemie und den



«Es ist an der Zeit, dass die Zusammenarbeit mit dem Justizwesen digitalisiert wird», so Robert Schneider. Bild: iStock

damit verbundenen Einschränkungen der Zugang zu den Gerichten und Verwaltungsbehörden zu jeder Zeit möglich ist. Dies ist gelungen, dank des Einsatzes und der Flexibilität aller Beteiligten.

Digitalisierung und Innovation als Chance

Aber man sollte daraus die notwendigen Lehren ziehen. Denn eines hat sich gezeigt und wird auch über das Ende der Pandemie hinaus Bestand haben: Die Digitalisierung in der Geschäfts-

welt und besonders in der Rechtsprechung wird bleiben respektive sich weiterentwickeln. Diese Chance sollte genutzt werden, um einen innovativen Schritt in die Zukunft zu machen. Was bedeutet dies konkret?

Digitalisierung ja – aber gezielt und durchdacht

Es ist an der Zeit, dass die Zusammenarbeit mit dem Justizwesen digitalisiert wird. In allen Bereichen, in denen dies einen Mehrwert bringt, sollte diese Entwicklung vorangetrieben werden.

So sollte die Einreichung von Schriftsätzen oder Beweisen sowie die Zustellung von Entscheidungen auch digital möglich sein. Insbesondere bei schriftlichen Beweismitteln wie z. B. Urkunden könnten durch eine Digitalisierung wesentliche Erleichterungen ermöglicht werden. Aber trotz der Vorteile der Digitalisierung sollte diese nur dort eingesetzt werden, wo sie keinen Einfluss auf den Inhalt der Rechtsprechung hat. So ist das persönliche Erscheinen vor Gericht aus den eingangs aufgeführten Gründen weiterhin sinnvoll und sollte nicht durch Videokonferenzen abgelöst werden. Digitalisierung ist letztlich ein Hilfsmittel, um die Effizienz zu erhöhen, und sollte auch nur dort eingesetzt werden, wo sie einen Effizienzgewinn ohne Einschränkung der Qualität der Rechtsprechung mit sich bringt.

Effizienter Zugang zur Rechtsprechung

«Ich bin überzeugt, dass wir in dieser Sache auf einem guten Weg sind», so Robert Schneider. Die Regierung hält dazu in ihrem Regierungsprogramm 2021-2025 fest: «Die Abläufe in der Justiz werden schrittweise digitalisiert. Die rechtlichen und technischen Grundlagen dafür werden geschaffen.» Zudem wurde für die Legislaturperiode das Ziel gesetzt, den Digitalisierungsgrad in der Justiz zu erhöhen. Dies alles geht in die richtige Richtung, damit das Justizwesen in

Zukunft noch effizienter arbeiten und sich auf die wesentlichen Dinge konzentrieren kann: den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zur Rechtsprechung effizient zu gestalten und dadurch für noch mehr Rechtssicherheit zu sorgen. (pd)



Robert Schneider
Präsident der Liechtensteinischen Rechtsanwaltskammer

Hinweis

Liechtenstein Finance e.V. ist ein privatrechtlich organisierter Verein, dessen Mitglieder die Regierung des Fürstentums Liechtenstein und die Finanzplatzverbände sind. Zweck des Vereins ist es, das Profil des Finanzplatzes im In- und Ausland durch Informationsarbeit zu den Besonderheiten und Stärken des Standorts zu schärfen.



Finanzkommentar der VP Bank

US-Notenbank signalisiert ersten Zinsschritt für März

Die US-Notenbank Fed hat die Leitzinsen nach ihrer Sitzung diese Woche unverändert belassen. Sie signalisiert aber eine Erhöhung im März.

Die Marktteilnehmer werden also auf den «Lift-off» vorbereitet. Bei ihrer nächsten Sitzung im März wird die Fed den Leitzins mit hoher Wahrscheinlichkeit um 25 Basispunkte auf ein Zielband von 0,25 bis 0,5 Prozent erhöhen. Es müsste schon etwas Einschnitten des passieren, dass die US-Notenbank noch davon Abstand nimmt.

So viel ist jetzt schon klar: Es wird 2022 nicht bei einem Zinsschritt bleiben. Mittlerweile muss von vier Zinserhöhungen und obendrein von einer Bilanzsummenreduktion ausgegangen werden. Der Medientext zum

jüngsten Treffen des Offenmarktausschusses legt dies jedenfalls nahe. Konkret werden also im März die monatlichen Wertpapierkäufe eingestellt und in gleichem Atemzug die Leitzinsen um 25 Basispunkte angehoben. Fällig werdende Anleihen dürften dann ab Juni nicht mehr vollständig angelegt werden, was zu einem Abschmelzen der Bilanzsumme führt. Die Fed sammelt dabei also das in den vergangenen Jahren ausgeleitete Geld wieder ein.

Für Überraschung sorgte derweil der Satz von Fed-Chef Jerome Powell, dass die Fed grundsätzlich auf jeder der anstehenden Sitzungen des Offenmarktausschusses den Zins anheben könne. Dies würde gar sieben Zinsanhebungen implizieren.

Aus unserer Sicht wollte Powell damit aber lediglich signalisieren, dass man in Washington im Falle fortwährender hoher Inflationsraten bereitsteht zu handeln. Wir rechnen weiterhin mit vier Zinsanhebungen im laufenden Jahr.

Die Fed vollzog in den vergangenen Monaten einen beachtlichen Kurswechsel. Dabei sind es nicht einmal die gegenwärtig hohen Inflationsraten, die bei der Notenbank für Unruhe sorgen. Auch die Fed-Mitglieder wissen, dass die Teuerungsraten in den kommenden Monaten fallen werden. Die Frage ist vielmehr, bei welchen Niveaus sie sich einpendeln.

Mittlerweile bewegen sich auch Preise, die normalerweise träge sind.

Die Fed ist also weniger über die Höhe der Inflation besorgt, als vielmehr über deren Breite. Und noch etwas ist relevant: In den USA steigen die Löhne. Die US-Arbeitnehmer kommen nicht in dem Masse zu ihren Arbeitsplätzen zurück, wie es zu erwarten gewesen wäre. Es herrscht ein Mangel an Arbeitnehmern. Höhere Löhne können aber zu einer gefährlichen Lohn-Preis-Spirale führen.

Kurzum: Gegen die momentan hohen Energiepreise ist die Fed machtlos. Auch gegen die mit dem Materialmangel einhergehenden Preissteigerungen kann sie derzeit nichts ausrichten. Sie kann aber sehr wohl ein Zeichen setzen, so wie sie es gerade getan hat. Unternehmen und privaten Haushalten soll klar werden, dass auf

Dauer hohe Inflation nicht hingenommen wird und sei es zulasten des Wirtschaftswachstums.

Die Fed geht also von vornherein energisch gegen die Gefahr einer sich verfestigenden höheren Inflationsrate über Richtwert von 2 Prozent vor. Das ist begrüßenswert und stärkt das Vertrauen in die vielkritisierte Institution Notenbank.



Thomas Gitzel
Chief Economist der VP Bank

Nichts verpassen: Nachrichten aus der Region direkt auf das Smartphone

LIECHTENSTEINER
**Vaterland
SMS-News**

Jetzt starten: www.vaterland.li/sms

Liechtensteins schneller Nachrichtenkanal – immer top-aktuell informiert

